



Bund der
Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Hessen

Fachgewerkschaft im



Birgit Kannegießer, Notisweg 59, 64342 Seeheim-Jugenheim

Birgit Kannegießer
Landesvorsitzende

Frau Staatsministerin
Eva Kühne-Hörmann

Telefon dienstlich: 069/1367-1000
Telefon privat: 06257/9440680
Handy: 0175/8920633
E-Mail: Vorsitzende@
bsbd-hessen.de

Per öffentlichem Brief

Fax dienstlich: -,-

Nachrichtlich:
An die Mitglieder des
Unterausschusses Justizvollzug
Im Hessischen Landtag

Datum: 26.07.2016

Allen Kolleginnen und Kollegen
in den hessischen Justizvollzugsanstalten

Haushaltsentwurf 2017 und 10-Punkte-Maßnahmenpaket

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann,
sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtags,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sie, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, mir als HPR-Vorsitzende im August 2015 Ihre Stellenkürzungspläne für das nun laufende Jahr 2016 mitteilten, erhielten Sie eine ausführliche, sehr kritische Stellungnahme und eine ausführliche Darlegung der Arbeitssituation im hessischen Justizvollzug. Das konnten wir nicht kommentarlos geschehen lassen.

Umso mehr habe ich mich vergangenen Freitag gefreut, als mich – wiederum als HPR-Vorsitzende – Ihr Informationsschreiben über die Haushaltspläne für den hessischen Justizvollzug erreichte. Die Schaffung neuer Stellen ohne Kompensation ist eine gute Nachricht.

Ja, im kommenden Jahr wird die Arbeitszeit reduziert werden, darum haben alle Gewerkschaften seit 2004 gerungen. 30 Stellen sind ein richtiger Schritt, da haben Sie schließlich Wort gehalten, sich für eine entsprechende Personalaufstockung einzusetzen. Ich vermute, dass diese Zahl zunächst für den allgemeinen Vollzugsdienst stehen wird.

Darüber hinaus werden die 21 neuen Stellen zur Stärkung der inneren Sicherheit - 2017 als neue Stellen für Obersekretäranwärter/innen i. JVD ausgebracht - für den hessischen Justizvollzug sehr wichtig sein. Selbstverständlich hoffen wir sehr – und werden dies natürlich verfolgen –, dass diese Stellen spätestens im Haushaltsjahr 2019 in echte Stellen der Besoldungsgruppe A7 (Eingangsamts des Laufbahnzweigs AVD) umgewandelt werden. Der BSBD Hessen verfolgt das Projekt NeDis mit großer Aufmerksamkeit. Es ist völlig unstrittig, dass die Beobachtung extremistisch gelisteter Gefangener erfolgen muss, dass Vernetzungen nachgespürt wird, was im Übrigen für jegliche subkulturellen Strukturen im Justizvollzug gilt. Hier können die Beobachtungsergebnisse Grundlage für ein Gegensteuern sein.

Allerdings, Frau Staatsministerin, mit einer Ahnung hatten wir im vergangenen Jahr, leider Recht: Beobachtung und Protokollieren bedeuten eine deutliche Mehrbelastung für den Stationsdienst insbesondere in den Anstalten der Sicherheitsstufe I. Ohne diese Beobachtungsergebnisse gibt es keine Auswertungen durch die 7 im Justizvollzug 2016 installierten Strukturbeobachter/innen. Deshalb ist es umso wichtiger, die Stationsdienste personell zu stärken. In vielen Anstalten sind die Kolleginnen und Kollegen mittlerweile am Leistungslimit – und darüber hinweg -, arbeiten ohne Ruhetage durch, versuchen den immer verhaltensauffälligeren Gefangenen Herr zu werden, werden schlimmstenfalls mit Gewalt traktiert, sogar mit Kot und Urin beworfen. Das ist leider immer häufiger Realität für die Kolleginnen und Kollegen. Hier brauchen wir Personal, das in ausreichender – und zupackender - Zahl vorhanden, tatsächlich eingreifen kann. Auch in den Fachdiensten. Der hessische Justizvollzug gehört zur inneren Sicherheit!

Übrigens - im Kontext der zu befüllenden Beobachtungsbögen; die Stationsbediensteten ringen sehr darum, diese Bögen nicht mit vollem Namen unterschreiben zu müssen, sondern sie anonymisiert weiterleiten zu können. Hier

kam es in der Praxis wiederholt zu Bedrohungen, nachdem Rechtsanwälte Einsicht in Gefangenenpersonalakten erhielten und die Namen der protokollierenden Bediensteten an ihre Mandanten weitergaben. Wir sollten diese Klientel nicht unterschätzen, sie sind wegen ihrer Gefährlichkeit und Radikalität gelistet. Hier sollten wir die Bediensteten ganz besonders schützen.

Hier ist das Vollzugspersonal nun in besonderer Weise gefordert. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese 20 Anwärterstellen 2019 schließlich wieder in dauerhaft besetzbare Planstellen umgewandelt werden.

Und es gilt hierbei, das Personalauswahlverfahren so zu optimieren, dass wir beschleunigt einstellen; die Zahl der unbesetzten Stellen muss deutlich reduziert werden; neben dem weiter hohen Krankstand ist das eine weitere markante Ursache für die nicht besetzten Positionen in den Tagesdienstplänen und der übermäßigen Belastung derer, die noch da sind, um Dienst zu leisten. Als BSBD- und als HPR-Vorsitzende arbeite ich in der eingesetzten Arbeitsgruppe zur Optimierung des Bewerbungsmanagements mit. Hier muss Manpower in das Verfahren investiert werden. Wir müssen schneller werden, dringend.

Wir müssen wieder konkurrenzfähig werden im Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber in allen Laufbahnen und Laufbahnzweigen!


Im Bereich der hessischen Polizei gibt es im Bereich der Ausbildung offensichtlich eine so genannte Vorsorgequote, d.h. dort wird rund 10 % über dem Bedarf zum Einstellungszeitpunkt ausgebildet. Das wäre auch für den hessischen Justizvollzug eine Strategie, um gerade bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen oder Beendigung des Beamtenverhältnisses gezielter reagieren und zeitnah wiederbesetzen zu können.

Um dies alles zu erreichen, gilt es natürlich auch, die Bezahlung im Auge zu behalten.

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, ich bitte Sie nun persönlich, sich in den laufenden Haushaltsverhandlungen dafür einzusetzen, dass 2017 die Vollzugszulage – umgangssprachlich: „Gitterzulage“ – auf das Niveau der Polizeidienstzulage

(aktuell 131,20 €) angehoben wird, wie es in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Schleswig-Holstein (in NRW geplant) bereits erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Birgit Kannegießer', written in a cursive style.

Birgit Kannegießer

Landesvorsitzende